

BBS-Konkurrenz für Quakenbrücks

HEP-Schule?



Die BBS Bersenbrück bieten viele Möglichkeiten der beruflichen Bildung, zeigen diese Schüler. Dass sie sich um eine Fachschule für Heilerziehungspflege erweitern wollen, wird aus Quakenbrück als unnötig kritisiert. In der Burgmannstadt gibt es bereits seit 25 Jahre eine solche Fachschule. Foto: BBS/Archiv

Bersenbrück/Quakenbrück. Der Vorstand der Berufsbildenden Schulen Bersenbrück hat vorgeschlagen, eine Fachschule für Heilerziehungspflege in Bersenbrück einzurichten. Das sorgt für Irritation in Quakenbrück. Dort gibt es seit Langem eine HEP-Schule, die sich durch vier Neugründungen rundum zunehmend unter Konkurrenzdruck gesetzt sieht.

Jürgen Kemper verurteilt das Bersenbrücker Fachschulprojekt als eine Schwächung des Schulstandorts Quakenbrück und insbesondere ihrer HEP-Fachschule mit derzeit 130 Schülern, die er leitet. In jüngster Zeit seien zwei Schulen in Osnabrück gegründet worden, ferner eine in Altenoythe bei Cloppenburg und in Vechta. Als staatliche Schulen bekämen die alle Kosten ersetzt, während die Quakenbrücker HEP-Schule Schulgeld von ihren Schülern verlangen müsse. Kemper findet den Vorstoß aus Bersenbrück auch deswegen irritierend, weil das Berufsschulzentrum und die Quakenbrücker Schule per Kooperationsvertrag verbunden seien.

BBS-Leiter Thomas Kohne hält dagegen, der Bersenbrücker Schulvorstand habe keineswegs eine neue Schule beantragt, sondern lediglich erklärt, eine solche Schule würde zum Profil der BBS passen. Die Entschließung sei ein Beitrag zur allgemeinen Diskussion zu einer Neuausrichtung der Berufsschulen generell. An der Kooperation mit der Quakenbrücker HEP-Schule halte Bersenbrück fest. Absolventen der Berufsfachschule Hauswirtschaft und Pflege wechseln an die Quakenbrücker Schule und setzen ihre Ausbildung dort fort.

Dem Landkreis Osnabrück liege kein konkreter Antrag auf eine neue Schule vor, sondern eine Empfehlung für den Prozess der Schulentwicklungsplanung im Osnabrücker Land, bestätigt ein Sprecher Kohnes Äußerungen. Bevor es zu einer Entscheidung komme, würden aber Gespräche aufgenommen mit allen Beteiligten, auch mit den Schulen in freier Trägerschaft.